

2
3 **Die SPD soll Mitglieder- und Volkspartei bleiben!**

4
5 **I. Sozialdemokratische Machtoptionen**

6
7 Um unseren Wählerinnen und Wählern, aber auch unseren Mitgliedern wieder
8 realistische und glaubwürdige Machtoptionen zu eröffnen, darf die SPD zukünftig vor
9 Wahlen keine negativen Koalitionsaussagen mit derzeit im Deutschen Bundestag
10 vertretenen Parteien treffen.

11
12 Die SPD soll vielmehr in Zukunft Koalitionsszenarien – auf Bundes- wie
13 Landesebene – danach bewerten, inwieweit sie damit sozialdemokratische Inhalte
14 und Grundsätze in Regierungshandeln umwandeln kann.

15
16 Sozialdemokratische Politik nach unserem Verständnis, festgeschrieben im
17 Hamburger Grundsatzprogramm, bedeutet sich einzusetzen für ein Modell des „öko-
18 demokratischen Sozialismus“, welches das Wohl des Menschen in den Vordergrund
19 stellt und sich durch folgende Attribute definiert:

- 20
- 21 • eine friedliche und gerechte Welt,
 - 22 • ein soziales und demokratisches Europa,
 - 23 • eine solidarische Bürgergesellschaft und einen demokratischen Staat,
 - 24 • die Gleichstellung der Geschlechter,
 - 25 • einen nachhaltigen Fortschritt und ein qualitatives Wachstum,
 - 26 • Gute Arbeit und sichere Löhne für alle,
 - 27 • einen vorsorgenden Sozialstaat,
 - 28 • bessere Bildung, eine kinderfreundliche Gesellschaft und starke Familien,
 - 29 • den Umstieg auf erneuerbare Energien und den Ausstieg aus der Atomkraft.

30
31
32 1. Wir als SPD sind die linke Volkspartei und gleichzeitig der Brückenkopf für
33 eine Zusammenarbeit mit sämtlichen im Deutschen Bundestag vertretenen
34 Parteien. Jegliche Option zu bewahren bzw. zu ermöglichen bedeutet damit
35 auch mehr Möglichkeiten für die Umsetzung sozialdemokratischen Handelns,
36 was für uns aber oberste Priorität bei der Koalitionsfindung und -bildung
37 darstellen muss. Dabei stehen wir perspektivisch für
38 Regierungsverantwortung und nicht den vermeintlich leichteren Weg, den die
39 Oppositionsbank suggeriert.

40
41 2. Koalitionen sind keine Liebesheiraten. Gerade deshalb halten wir es für
42 notwendig, auch entsprechende Ausstiegsszenarien und „rote Linien“ zu
43 beziffern. Nur wenn von vorne herein klar ist, dass wir eine Zusammenarbeit
44 nicht des Machtwillen wegen tätigen, sondern aus sozialdemokratischer
45 Überzeugung heraus, behält unsere Partei den wichtigen Anspruch der
46 Glaubwürdigkeit, den wir auch aus „Koalitionszwängen“ heraus nicht aufgeben
47 dürfen.

48
49 3. In Wahlkampfzeiten besinnen wir uns auf unsere eigene Stärke und suchen
50 die Antworten für die Menschen, die uns wählen sollen. Wir betreiben SPD-
51 Wahlkämpfe und machen vor wie auch nach der Wahl kein Flügeldenken auf.

54 II. Demokratisierung nach innen

55

56 Die SPD wird sich in den kommenden Jahren völlig neu aufstellen müssen. Es ist
57 Zeit und Gelegenheit endlich überfällige strukturelle Neuerungen einzuführen.

58

59 Konkret und sofort umsetzbar sind folgende Maßnahmen:

60

61 In die Statuten wird aufgenommen, dass

62

- 63 - jede Entscheidung über den Vorsitz einer Gliederung oder einer
- 64 Spitzenkandidatur bei einer Wahl
- 65 - Beschlüsse über Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und
- 66 Koalitionsentscheidungen der SPD und ihrer Untergliederungen

67

68 auf Antrag wenigstens eines Drittels der zuständigen Delegierten ODER auf Antrag
69 von wenigstens 10% der Mitglieder der betroffenen Gliederung durch eine
70 Urabstimmung zu erfolgen hat.

71 Für Urabstimmungen wird ein Verfahren angewendet, bei dem jedes

72 Mitglied sicher authentifiziert und vom heimischen PC online oder an zentralen Orten
73 mit durch die jeweilige Gliederung zur Verfügung gestellten PCs teilnehmen kann.

74

75

76 **Begründung:**

77

78 I. Sozialdemokratische Machtoptionen

79

80 Die Linkspartei tritt auf Bundesebene primär durch kaum zu finanzierbaren und in
81 seinen Folgen unabsehbaren Populismus in Erscheinung, was momentan noch an
82 dem Regierungswillen der Linkspartei zweifeln lässt.

83

84 In wie weit diese neue Partei einen dauerhaften Platz links der Sozialdemokratie
85 wirklich einzunehmen vermag, wird maßgeblich vom Handeln der hiesigen
86 Sozialdemokratie selbst abhängen. Die Tatsache, dass „Die Linke“ ohne
87 eigenständige positiv formulierten Konzepte, sondern vielmehr durch populistische
88 Anti-Forderungen zahlreiche Wahlerfolge einfahren konnte wie jüngst bei der
89 Bundestagswahl, zeigt ihre Abhängigkeit vom Verhalten der anderen Parteien und
90 dabei insbesondere der SPD. Immer noch auf ein „natürliches“ Scheitern des
91 Projekts und den Zerfall der neuen Linkspartei zu hoffen oder allein auf ihre
92 Domestizierung zu setzen, würde nur vergangene Fehler wiederholen, die letztlich
93 zur Entstehung und bisherigen Etablierung der „Linken“ geführt haben. Daher sind
94 mit aller gebotenen Offenheit, Transparenz und Sorgfalt die Ursachen zur Gründung
95 und den Erfolg einer Partei links der Sozialdemokratie zu erörtern und kritisch
96 aufzuarbeiten. Dies muss auch eine kritische Aufarbeitung der programmatischen
97 Veränderungen unserer Partei in den letzten zehn und insbesondere letzten fünf
98 Jahren umfassen.

99

100 Hier, in der inhaltlichen Aufarbeitung der letzten Jahre samt einer damit verbundenen
101 Neujustierung sozialdemokratischer Programmatik, steckt der Schlüssel, „Die Linke“
102 mittel- bis langfristig wieder zu marginalisieren bzw. somit sogar wieder in die
103 Sozialdemokratie einzubinden, um ihr so den Nährboden für das Wählerpotential zu
104 entziehen, welches sich noch vor nicht all zu langer Zeit zu großen Teilen der
105 Sozialdemokratie verbunden fühlte und in ihr den natürlichen Vertreter ihrer
106 Interessen sah. In diesem Sinne bekennen wir uns auch zu den guten Ansätzen des
107 Hamburger Parteitages, die es in den nächsten Jahren weiter zu verfolgen gilt.

108 Ebenso töricht wie ein einfaches „Weiter so“ wäre im Übrigen ein langfristiger
109 Verzicht auf eine sozialdemokratisch geführte Regierung und Regierungspolitik aus
110 rein dogmatischer Ablehnung der Linkspartei gegenüber.
111

112 Betrachtet man die bisher geführte Diskussion über „Die Linke“ in Partei und
113 Öffentlichkeit, dann ist diese in weiten Teilen von Misstrauen, Unsicherheit und
114 Widersprüchlichkeit geprägt, was wir als Ergebnis einer nur halbherzigen
115 Auseinandersetzung mit dem Thema interpretieren. Wir wissen, dass die Debatte
116 über „Die Linke“ auf mehreren Ebenen geführt werden muss. Konkret heißt das zu
117 fragen, in wie weit aus historischen, personellen und inhaltlichen Gründen eine
118 Zusammenarbeit möglich erscheint und wie diese aussehen kann.
119

120 Obwohl eine Partei links der Sozialdemokratie in vielen europäischen Ländern eine
121 Normalität darstellt, bedeutet diese im Fall der SPD sowohl eine Auseinandersetzung
122 über die eigene Identität und politische Zielgruppen wie auch eine perspektivische
123 Betrachtung möglicher Koalitions- und damit Regierungsmöglichkeiten. Ein 5-
124 Parteien-System lässt 3-Parteien-Koalitionen wahrscheinlicher und damit auch neue
125 Bündnisse jenseits von rot-grün und schwarz-gelb möglich und notwendig werden.
126 Die SPD muss daher möglichst schnell und eindeutig ihr zukünftiges Verhältnis zur
127 Partei „Die Linke“ klären, will sie langfristig nicht an den
128 „Wahlverliererzusammenschluss“ Große Koalition gebunden sein. Westausdehnung
129 und genereller Zuwachs der „Linken“ schaden der SPD kurz- wie langfristig, solange
130 sie wie CDU/CSU, FDP und Grüne nicht nur eine Konkurrenzpartei darstellt, sondern
131 insbesondere als Fluchtort zahlreicher inhaltlich enttäuschter SPD-Mitglieder fungiert.
132 Auch wenn es langfristig das Ziel der SPD sein muss, an die Linkspartei verloren
133 gegangene Wählerstimmen zurückzuerobern, stellt sich zwangsläufig die Frage,
134 welche Perspektiven „Links-Koalitionen“ oder „Mitte-Links-Koalitionen“ in
135 Deutschland haben.
136

137 Daher braucht unsere SPD dringend eine neue Machtperspektive! Und was heute
138 noch unmöglich erscheint, muss künftig nicht so bleiben. Die Beispiele aus anderen
139 Ländern belegen die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit solcher Koalitionen oder
140 Kooperationen aus Parteien des linken Spektrums. Die Sozialdemokratie gewänne
141 hierbei erweiterte Optionen, was ihre Position gegenüber dem bürgerlich-
142 konservativen Lager stärken würde und sie hierzulande aus der neuen Situation
143 letztlich politischen Nutzen ziehen könnte. So dürfte z.B. die Bereitschaft der FDP zu
144 einer Ampelkoalition größer und die Durchsetzung sozialdemokratischer Inhalte in
145 einem solchen Bündnis wahrscheinlicher sein, wenn davon auszugehen wäre, dass
146 SPD und Grüne im Falle einer Ablehnung durch die Liberalen durchaus auch ein rot-
147 rot-grünes Bündnis anstreben könnten.
148

149 Eine wählbare linke „Reformkoalition“ im Bund setzte jedoch zum einen voraus, dass
150 die Linkspartei auch auf Bundesebene regierungs- und koalitionsfähig wird und zum
151 anderen, dass die SPD sich auf die veränderte Situation einstellt und zugleich ihre
152 Markenzeichen als Partei sozialer Gerechtigkeit neu justiert. Denn einzig hiervon und
153 nicht von der Position einzelner Parteien im politischen Spektrum wird die
154 gesellschaftliche Akzeptanz sozialdemokratisch geführter Regierungen abhängen.
155 Für den politischen Wettbewerb und für die demokratische Zukunftsgestaltung des
156 Landes könnte das nur von Vorteil sein. Im aktuellen Richtungsstreit in der SPD geht
157 es daher schlicht um die Alternative: eigenständiger Machtanspruch oder
158 Juniorpartner in der Großen Koalition bzw. Bittsteller für die „Ampel“, oder schlicht
159 und ergreifend die Frage „Sieg oder Platz“, um mit Kanzlerkandidat Frank-Walter
160 Steinmeier zu sprechen.
161

162 Eine verantwortungsethische Zukunftsalternative für die SPD bedeutet daher nach
163 unserem Dafürhalten, konkrete Koalitionsentscheidungen zukünftig erst nach einer
164 Wahl, basierend auf den arithmetisch möglichen Koalitionen am Wahlabend
165 einerseits, auf Grundlage inhaltlicher Schnittmengen und politischer Verlässlichkeit
166 andererseits zu treffen. Dabei gilt für uns nicht zuletzt aufgrund der teils
167 enttäuschenden Erfahrungen der letzten Jahre: Koalitionen sind keine
168 Liebesheiraten, sondern stets nur Zweckbündnisse auf Zeit!

169
170 Unsere Sozialdemokratische Partei hat in ihrer nun über 145-jährigen Geschichte
171 stets bewiesen, sich mit Mut und Verantwortung den Herausforderungen unserer Zeit
172 zu stellen. Wir glauben, dass die SPD selbstbewusst genug ist, um sich auch in
173 einem 5-Parteien-System behaupten zu können.

174
175

176 **II. Demokratisierung nach innen**

177
178 In den letzten Jahren konnte man feststellen, dass sich Parteispitze und Basis in
179 vielen Sach- oder auch Personalfragen immer weiter voneinander entfremdet haben.
180 Schwerwiegende Entscheidungen wurden von der Parteispitze im Alleingang oder
181 von der Funktionärselite in Beiräten oder auf Parteitagen getroffen und dann mehr
182 oder weniger erfolgreich nach unten „durchkommuniziert“. Früher waren solche
183 Entscheidungsstrukturen vielleicht Voraussetzung für den Erfolg als Partei. Heute
184 erwarten die Menschen aber mehr als einfach nur mitgenommen zu werden und im
185 Ortsverein irgendwie an einer kleinen Ecke eines großen Geflechts Entscheidungen
186 beeinflussen zu können. Nach dem großen Motto ‚mehr Demokratie wagen‘ muss die
187 SPD durchgängig die Einflussmöglichkeiten der Basis verbessern. Es sollte darauf
188 hingewirkt werden, dass Spitzenpositionen wie der Parteivorsitz,
189 Spitzenkandidaturen und Grundsatzentscheidungen wie Programme und strittige
190 Koalitionsfragen für alle Organisationsebenen durch Urabstimmung legitimiert
191 werden. Dank moderner Kommunikationsmittel ist eine breite Beteiligung der Basis
192 heute möglich. Inhaltliche Debatten können ebenfalls viel transparenter und mit mehr
193 Beteiligungsmöglichkeiten gestaltet werden. Dazu müssen neue Wege erdacht
194 werden wie eine große Zahl an Ideen konstruktiv kanalisiert werden können.

195
196 Die Praxis, dass Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden und
197 der Prozess der dazu führte völlig im dunklen bleibt, muss im Sinne unserer Partei
198 ein Ende haben, schließlich haben wir als Sozialdemokraten auch nichts zu
199 verbergen.

200
201

202 **Quelle:**

- 203
204 ➤ Andreas Bär & Carsten Sinß: „Meine SPD: Freiheit – Gerechtigkeit –
205 Solidarität“
206 ➤ Georg Stoll, BAA-Präsident Jusos Hessen-Süd

207